

gramme auch hier durchsetzen werden, und zwar insbesondere in der Gestaltung von zinsgünstigen Krediten, von Überbrückungskrediten und von Investitionszulagen und ähnlichen Mitteln. Da viele dieser Betriebe sogenannten NSW-Export haben, den sie nun bei der Umwandlung von den ehemaligen VEB übernommen haben und im Prinzip jetzt vor der Tatsache stehen, die Verträge mit den damals geschlossenen Dumpingpreisen zu erfüllen - da gibt es sehr viele in der Möbelindustrie - müssen wir diese privaten Unternehmer...

(Hauck, CDU/DA: Herr Minister, ich hatte gefragt nach den alten Unternehmen, nicht nach neu gegründeten, nach den alten Mittelständlern, die haben die Sorgen.)

Also, meinen Sie die alten Privatunternehmer oder die alten VEB, die umgewandelt sind in Kapitalgesellschaften?

(Hauck; CDU/DA: Ich rede von Handwerkern, von alten Betrieben. Dort gibt es erhebliche Effektivitätsschwierigkeiten mit der Währungsunion.)

(Zuruf von der PDS: Der DDR-Mittelstand!)

Ja, das muß man differenziert sehen. Bei Handwerkern, bei Fleischern, Bäckern usw., die täglich Einnahmen und täglich Ausgaben haben, wissen wir genau, daß sie durchaus die Belastungen, die sie haben, weil alles 1:2 - Forderungen und Verbindlichkeiten - umgestellt wird, ertragen können, wobei wir auch hier gegenwärtig gemeinsam mit unserem Finanzministerium Wege suchen, um bestimmte Härtefälle auszugleichen.

Dann gibt es Handwerksbereiche, die längerfristige Aufträge haben, die sowohl bei Material, bei Forderungen, Verbindlichkeiten als auch bei Löhnen eine größere Belastung haben und - ich sage mal - nichts als Kapitalstock einzubringen haben. Hier gehen wir davon aus, daß diese Kredite bekommen werden, um auch in den nächsten drei Monaten liquide zu sein, bis sie einen solchen Umsatz haben - meinetwegen etwas langfristig, bei Kunsthandwerk und ähnlichem -, daß sie selbst auf den Beinen stehen können. Wir haben uns vorgestellt, hier eine befristete Kreditregelung einzusetzen.

(Hauck, CDU/DA: Danke. Wie kann ich denn ...?)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Nein, ich glaube, das ist jetzt nicht möglich, sonst kommen die anderen Fragen nicht mehr dran, und die ganze Stunde wird gesprengt. Diese Fragen sind eigentlich wirklich Zwischenfragen, die sich auf den Vortrag beziehen müssen. Dieses Nachfragen sprengt den Charakter ein bißchen. Wir haben ja immer noch die Fragemöglichkeit jede Woche wieder, die dann genutzt werden sollte. Ich lasse über diese beiden Fragen noch zu, ich will bloß im Grundsatz darauf hinweisen, daß wir sonst diese Debatten beliebig fortsetzen können.

Bitte schön.

Seidel (CDU/DA):

Herr Minister, eine wichtige Quelle für den neuen Mittelstand in unserem Lande ist ja die Entflechtung der Kombinate. Es ist festzustellen, daß gegenwärtig in diesem Prozeß der Herausbildung dieser neuen, privatisierten Betriebe die Bewertung der Grundmittel und Umlaufmittel oftmals in einem für mich erhöhten Maße erfolgt. Sie erfolgt sicherlich auf Grund zu Buche stehender Werte. Das erschwert den Neubeginn dieser Betriebe. Sehen Sie Möglichkeiten, hier zu realistischeren Einschätzungen zu kommen?

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Wir haben in Vorbereitung des Gesetzes über die Treuhandaufgabe, die Liquidität der ehemals volkseigenen Betriebe schnellstens auch für die Zeit nach der Währungsumstellung herzustellen. Das können wir nur, wenn wir das Volksver-

mögen irgendwie gesammelt haben, um es beleihfähig zu machen und die risikobehafteten Kredite, die zirka 25 Milliarden Mark betragen, für diese Industrie irgendwie zu einer gewissen Deckung führen, und wenn wir Ihnen zweitens ebenfalls auch günstige Kredite zubilligen, und zwar durch die entsprechenden Geschäftsbanken. Hierzu haben wir ein sogenanntes Liquiditätsmodell entwickelt, das gestern durch die Regierung so bestätigt und auch veröffentlicht worden ist. Das sollte also nachgeschlagen werden. Das ist die Handhabe. Das ist jetzt sofort einzureichen.

Ich werde am 22. eine große Industriekonferenz mit allen ehemaligen Direktoren, geschäftsführenden Direktoren usw. machen, weil ich an der Basis gemerkt habe, daß die Betriebsdirektoren zur Zeit über das Ganze, was wir an gesetzlichen Regelungen hier in der Regierung gemacht haben, nicht informiert sind. Aber dieses Liquiditätsmodell geht jetzt per Post allen zu.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Und die letzte Zwischenfrage?

Dr. Kney (Die Liberalen):

Herr Minister, ich komme noch einmal auf die 72er Betriebe zurück. Wie Sie sich erinnern können, war ja deren Verstaatlichung damals eine Nacht-und-Nebel-Aktion, die sich innerhalb von wenigen Tagen abgespielt hat.

(Zuruf: Manchmal Stunden!)

Das Problem besteht doch heute bei den damals Betroffenen darin, daß es 1972 ruckzuck ging und sich heute im Grunde genommen unsere Regierung und speziell auch Ihr Ministerium sehr schwer tut, um diesen Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen. Und ich glaube, hier steht wohl auch ein Stückchen Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsministeriums bei den Leuten auf dem Spiel. Und hier müssen Zeichen gesetzt werden, daß wir einfach zu mehr Tempo kommen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Sie müssen aber bitte auch eine Frage stellen. Sonst müssen Sie sich das für den nächsten Redebeitrag aufheben.

Dr. Kney (Die Liberalen):

Meine Frage heißt konkret: Wie lang soll der Zeitraum noch sein, bis diese Leute, die einen Reprivatisierungsantrag gestellt haben, auch ihre Betriebe zurückbekommen?

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Im Prinzip ist das ja durch das alte Gesetz geregelt. Das waren 6 Monate. Das Gesetz ist am 7. März von der alten Volkskammer bestätigt worden, und wir wissen, daß wir damit im September abzuschließen haben. Und deshalb haben wir den hohen Handlungsbedarf, von dem ich gesprochen habe. Und wir werden, was die Bürokratisierung anbelangt, eine dritte DVO jetzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt machen, um beispielsweise ganz bestimmte Fragen der notariellen Bestätigung zu vereinfachen, ganz bestimmte Fragen auch der Gebühren und alles, was damit zusammenhängt. Ich habe das in vielen Gesprächen mit diesen Unternehmern schon mitgeteilt bekommen. Das ganze ist wahrscheinlich in der nächsten Woche schon im Ministerrat, und wir haben also hier versucht, hohes Tempo zu machen. Aber wir haben natürlich auch ganz bestimmte Prioritäten durch den Staatsvertrag gesetzt bekommen, der erst einmal ableistbar war. Und da können wir ja sagen, daß wir eigentlich in der Regierung alle Aufgaben gelöst haben. Alle Gesetze zum Staatsvertrag sind eben seit gestern durch die Regierung durch, und das ist auch eine Leistung, die man nicht geringschätzen sollte. Danke.

(Vereinzelt Beifall)